# Schwarzer König schlägt gelbe Dame

**DATENSCHUTZ** Die FDP ärgert sich beim EU-Abkommen über den Austausch von Bankdaten mit den USA über den neuen Innenminister. De Maizière habe alle Kritiker überfahren. Die Justizministerin fordert Nachbesserungen

**VON DANIEL SCHULZ**

Da verstanden sie sich noch besser: Innenminister und Justizministerin in den ersten Regierungtagen Foto: ap

Das EU-Abkommen über den Austausch von Bankdaten mit den USA sorgt für Ärger zwischen FDP und CDU. „Wir sind alles andere als glücklich darüber, wie das gelaufen ist", sagte der FDP-Innenexperte Christian Ahrendt am Dienstag. Seine Kollegin Gisela Piltz fragte spitz, wie wohl „die Union damit umgeht, dass die Kritik der eigenen Reihen ungehört verhallte". Und Alexander Alvaro, der liberale Mann für die Innenpolitik im Europaparlament, sagte, der Vorgang sei für ihn und seine Partei „ziemlich unverständlich."

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte am Montag bei der Abstimmung in Brüssel über das sogenannte Swift-Abkommen mit Enthaltung gestimmt. Der Vertrag ermöglicht US-Sicherheitsbehörden das Auswerten von Überweisungen zwischen den EU-Ländern und Drittstaaten – offizielle Begründung ist die Terrorismusbekämpfung. Nur ein Nein Deutschlands hätte das Vertragswerk verhindern können.

De Maizière hatte offenbar selbst inhaltliche Bedenken, sagte aber nach dem Beschluss, ein unbefriedigendes Abkommen sei besser als gar keines. Diese Begründung bringt Alexander Alvaro besonders in Rage: „Dass etwas Schlechtes besser ist als nichts, könnte vielleicht das neue Motto der CDU werden", höhnte der Europapolitiker. Er rechne damit, dass „diese Sache in der Koalitionsrunde thematisiert wird".

Dass der Ärger bei den Liberalen so groß ist, liegt zum einen daran, dass zwei ihrer Kernthemen berührt sind: Datenschutz und Wirtschaft. Denn wie das *Handelsblatt* 2007 und zuvor die *New York Times* recherchiert haben, nutzen die USA die Daten auch zu Zwecken der Wirtschaftsspionage. Der Bundesverband der Deutschen Industrie äußerte diese Befürchtung am Dienstag ebenfalls. Daten zum Zahlungsverkehr erlaubten Rückschlüsse auf Märkte, Vertragspartner und Geschäftsumfänge.

> *„Die deutsche Haltung zum Datenschutz hat keine Mehrheit"*
> **EXINNENMINISTER GERHART BAUM**

Zum anderen fühlt sich die FDP vom neuen Innenminister überfahren. Teilnehmer der Koalitionsverhandlungen erzählen, dass de Maizières Vorgänger Wolfgang Schäuble (CDU) bei diesen Gesprächen konsensorientierter mit den Freidemokraten umgegangen sei. „Er hat das Thema Swift von sich aus angesprochen und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger über den Stand des Verfahrens unterrichten lassen", erzählt einer, der dabei war. Auch Schäuble habe Zweifel an dem Abkommen geäußert und man habe sich in dem Eindruck getrennt, bei der Ablehnung des Vertrages einig zu sein. Wenn ihr Name nicht zitiert wird, geben Liberale zu, von der Kehrtwendung des Innenministeriums überrascht worden zu sein.

Am Dienstag forderte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger dann auch weitreichende Änderungen am Abkommen. Es gilt zunächst für neun Monate. Danach wird auf europäischer Ebene nachverhandelt.

Leutheusser-Schnarrenberger will erreichen, dass alle innerdeutschen und innereuropäischen Überweisungen von der Überwachung ausgenommen seien. Außerdem monierte sie Speicherfristen für die Daten von bis zu fünf Jahren selbst für Informationen, die von den USA nicht mehr für den Antiterrorkampf benötigt werden. Dies sei eine „überdimensionierte Vorratsdatenspeicherung", sagte Leutheusser-Schnarrenberger.

Zudem dürften den US-Terrorfahndern europäische Bankdaten nur bei einem „konkreten Tatverdacht" übermittelt werden, nicht in „einem weiten Zugriff-Blockverfahren".

Gerhart Baum, ehemaliger Bundesinnenminister, warnt allerdings wie andere in der FDP vor allzu großen Hoffnungen auf die Nachverhandlungen. „Man hat bei diesem Abkommen wieder gesehen, dass die strikte deutsche Haltung zum Datenschutz in Europa keine Mehrheit hat", sagte der liberale Politiker am Dienstag.

## Herdprämie: Niedersachsen profitiert

BERLIN *taz* | Zum umstrittenen Betreuungsgeld will sich die neue Bundesfamilienministerin Kristina Köhler vorerst nicht äußern. Für sie gelte der Koalitionsvertrag, teilte die Pressestelle des Ministeriums der taz mit. Der Koalitionsvertrag sieht sowohl die Zahlung von monatlich 150 Euro für Eltern vor, die ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause erziehen wollen, als auch Gutscheine für die frühkindliche Bildung.

Von Kristina Köhler (CDU) wird ein zügiges Statement zur „Herdprämie" erwartet, weil die Koalition seit Wochen heftig und ergebnislos über dieses familienpolitische Instrument streitet. Während die Union auf die Geldvariante setzt, hält die FDP am Gutscheinmodell fest. Jetzt fordert die bayrische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) laut Presseberichten eine sofortige Beendigung der Debatten.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts würden vor allem Familien in Niedersachsen vom Betreuungsgeld profitieren. Dort wurden im Jahr 2008 von 1.000 Kindern unter drei Jahren 909 zu Hause betreut. Das sind mehr als in jedem anderen Bundesland. Der Grund: Mangel an Kita-Plätzen.

Mit dem Betreuungsgeld verbunden ist das Vorhaben der Bundesregierung, bis zum Jahr 2013 bundesweit für 750.000 Mädchen und Jungen unter drei Jahren einen Kita-Platz zur Verfügung zu stellen. **SIS**

# Studis werden abgeräumt

**BILDUNGSSTREIK** Mit dem Bologna-Gipfel setzt Bildungsministerin Schavan die Studierenden unter Zugzwang. Die suchen noch nach einer Strategie

BERLIN *taz* | Mit einer Einladung zu einem bundesweiten Bildungsgipfel hat Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) die Forderungen der Studierenden und der Hochschulrektorenkonferenz aufgegriffen.

Bei einem großen „Bologna-Gipfel" will Schavan im April die WissenschaftsministerInnen der Länder, HochschulrektorInnen sowie StudierendenvertreterInnen an einen Tisch holen. Ein Ministeriumssprecher sagte der taz, bei dem Gipfel gehe es um „alles, was die Studenten derzeit plagt: Verbesserungen bei der Bologna-Umsetzung, Entschlackung der Bachelorstudiengänge und bessere Mobilität".

Studierende und Oppositionspolitiker kritisieren den Termin als zu spät. „Wir können doch nicht erst Mitte nächsten Jahres über die Probleme an den Unis sprechen", sagte Jenny Morin vom Presseteam des Bildungsstreiks der taz. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ernst-Dieter Rossmann, sagte, die Ministerin wolle die Proteste aussitzen.

In der Tat: Schavans Vorschlag bringt die Studierenden in die Defensive, denn der Zeitpunkt des Bologna-Gipfels ist gut gewählt. Über die Semesterferien wird es für die Studierenden schwierig werden, die öffentliche Aufmerksamkeit aufrechtzuerhalten.

Auch an anderer Front geraten die streikenden Studierenden zunehmend unter Druck: Immer mehr besetzte Hörsäle werden nun auch polizeilich geräumt. An der Technischen Universität Dortmund beendete die Polizei in der Nacht zu Dienstag eine Hörsaalbesetzung. Einunddreißig BesetzerInnen erhielten eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. In den Tagen zuvor hatte auch in Bochum, Bonn, Bielefeld, Düsseldorf und Osnabrück die Polizei im Auftrag der Unileitungen Hörsäle an den Hochschulen geräumt.

Für die Studierenden stellt sich nun die Frage, wie es mit dem bundesweiten Bildungsstreik erfolgreich weitergeht. „Weil die Streikaktionen dezentral organisiert sind, fehlt uns derzeit noch eine koordinierte Strategie für den weiteren Streikverlauf. Wir denken im Moment nur bis Mitte Dezember", sagte eine streikende Studentin der taz. Von Studierenden in Dortmund, Bochum und Osnabrück hieß es gegenüber der taz, noch gebe es viele entschlossene StreikaktivistInnen, um bis Weihnachten durchzuhalten.

Am 10. Dezember tagt in Bonn die Kultusministerkonferenz, zu der die Studierenden stark mobilisieren. Daneben rufen die Studierenden zu zwei „Alternativen Bildungsgipfeln" auf. Am Wochenende soll eine Regionalkonferenz in Bochum eine Plattform zum weiteren Austausch bieten. Am folgenden Wochenende soll dann auf einem Regionalforum in Regensburg über die weiteren Strategien des Bildungsstreiks diskutiert werden. **MARTIN KAUL**

Meinung + Diskussion SEITE 12

# Antiterrorhilfe für Pakistan

**STAATSBESUCH** Merkel plädiert für Bildung – den U-Boot-Verkauf erwähnt sie nicht

BERLIN *dpa/taz* | Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Pakistan Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus angeboten. Dazu zählte Merkel nach einem Treffen mit Premierminister Yousuf Raza Gilani am Dienstag in Berlin auch Investitionen in die Ausbildung der pakistanischen Jugend.

Bei dem Besuch wurde ein neues Investitionsschutzabkommen unterzeichnet. Deutschland ist Pakistans wichtigster Handelspartner in der EU. 2008 betrug das Handelsvolumen 1,5 Milliarden Euro. Diese Summe wird sich gut verdoppeln, sollte die Bundesregierung demnächst den Verkauf dreier deutscher U-Boote an Pakistan genehmigen. Der Deal liegt wegen der instabilen Lage im Atomstaat noch auf Eis. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung will der HDW-Werft in Kiel den Auftrag sichern, der sonst an Frankreich ginge.

Merkel mahnte auch weitere Anstrengungen für eine bessere Verständigung zwischen Pakistan und dessen Nachbarstaaten Afghanistan und Indien an. Deutschland habe daran ein „sehr hohes Interesse".

ANZEIGE

GRÜNE FRIEDENSINITIATIVE

Aufruf von Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen

**NEIN ZUM AFGHANISTAN-KRIEG!**

Der Krieg in Afghanistan hat sich 2009 weiter verschärft - und immer mehr Menschen sterben. Laut UN-Angaben sind allein in den ersten acht Monaten diesen Jahres bereits 1.500 zivile Opfer zu beklagen – 30 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Bei dem von der Bundeswehr zu verantwortenden Bombardement zweier entführter Tanklaster am 4.9 2009 bei Kunduz starben über 100 Menschen, darunter viele Zivilisten. Die Zahl der Toten steigt überall: allein in diesem Jahr sind 95 britische Soldaten in Afghanistan umgekommen, 232 sind es seit 2001. In dieser Zeit sind 1528 Soldaten der ISAF/OEF-Streitkräfte umgekommen, fast 500 allein in diesem Jahr. Die Zahl der getöteten afghanischen Soldaten kennt niemand, die getöteten Aufständischen zählt niemand.

Auch im vermeintlich ruhigen Norden des Landes, wo die Bundeswehr stationiert ist, herrscht Krieg. Die Bundeswehr führt immer mehr Offensivoperationen durch und wird immer häufiger von Aufständischen attackiert.

Doch nach acht Jahren Krieg - ein Thema für den Wahlkampf darf er nicht sein. Ein Thema für die innenpolitische Debatte soll er nicht sein. Wird in Afghanistan gestorben, um mit Karzai einen Wahlfälscher an der Macht zu halten? Wird gestorben für ein Bündnis mit Warlords und Drogenhändlern? Wird gestorben, um einen Kompromiss zwischen den mit der NATO verbündeten Mudschahedin und den Taliban herbei zu bomben? Wird gestorben, um Al Kaida zu bekämpfen, die längst in den Jemen und Pakistan ausgewichen sind?

Oder wird gestorben, weil es darum geht, dass die NATO einen Krieg, den sie begonnen hat einfach nicht verlieren darf?. Weil es um das Ansehen Deutschlands in der NATO geht und sein Gewicht in der Welt? Weil Afghanistan eine zentrale strategische Bedeutung für Zentralasien hat?

Eine Politik, die diesen Krieg fortsetzt ist unverantwortlich!

Wie in jedem Jahr entscheidet auch 2009 der Bundestag über die Laufzeitverlängerung des Afghanistan-Krieges: Im Dezember 2009 soll das bisherige Mandat mit einer Obergrenze von 4.500 Soldaten verlängert werden. Die weitere Aufstockung des Bundeswehrkontingents auf voraussichtlich 7.000 soll auf das Frühjahr 2010 vertagt werden. Die Bündnispartner, allen voran die USA, werden 2010 weitere Zehntausende Soldaten in den Krieg schicken.

Die Fortsetzung des Afghanistan-Krieges ist verantwortungslos. Vielfach werden Verbesserungsvorschläge für die Kriegsführung der NATO und deren zivile Begleitung gemacht. Gefragt ist aber immer dringender Opposition gegen den Afghanistan-Krieg.

Der kurzfristige Abzug der NATO sowie der anderen westlichen Truppen aus Afghanistan ist friedenspolitisch alternativlos. Die richtige politische Entscheidung wäre jetzt, die deutschen Truppen in verantwortbarer Weise in den nächsten Monaten bis Ende des 1. Halbjahres 2010 abzuziehen. Nur ein solch kurzfristiges Abzugsdatum gewährleistet, dass die Bundeswehr an den Kriegshandlungen 2010, die vermutlich wie in den letzten 30 Jahren nach der Schneeschmelze einsetzen, nicht mehr teilnimmt. Dieses Signal soll die anderen NATO- Staaten, in denen wie in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung den Krieg ablehnt, bewegen, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Wir freuen uns, dass auch die englischen GRÜNEN entschieden gegen den Afghanistan-Krieg sind und den Abzug der britischen Truppen fordern.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, insbesondere die von Bündnis 90/Die Grünen, fordern wir auf: Sagt NEIN zu einer Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan!

UnterzeichnerInnen:

Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen Dortmund, Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen Bayreuth-Land, Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen Mülheim an der Ruhr, Kreisvorstand Bündnis 90/Die Grünen Aschaffenburg-Land, Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen Flensburg, Uli Cremer Hamburg-Eimsbüttel, Wilhelm Achelpöhler Münster, Heidi Kosche MdA Friedrichshain-Kreuzberg, Antje Möller MdHB Hamburg-Eimsbüttel, Irmgard Pehle Herford, Roswita Eichhorn-Jordan Heinsberg, Heiko Tollkien Bielefeld, Frank Schellenberger Odenwald, Wulf Hilbig Hanau, Christel Nolte Hanau, Andrea Schwarz Karlsruhe Land, Rainer Nölken Wittmund, Friedrich Haubold Fraktionssprecher Ammerländer Kreistag, Meinolf Sellerberg Münster, Hajo Siemes Mönchengladbach, Wolfgang Wiemers GAL Münster, Maria Lazer Ratsfrau Scharnebeck Lüneburg, Gerd Baumer Fraktionsvorsitzender Ortenauer Kreistag, Christoph Rinneberg Darmstadt, Margret Rinneberg Darmstadt, Tim Peters Oldenburg, Ramez Derafsheh Tempelhof-Schöneberg, Heiner Schmidt Vorstandssprecher Kitzingen, Sonja Rothweiler Kreisvorstand Karlsruhe-Land, Oliver Hajunga Darmstadt-Dieburg Vorsitzender Mühltal, Peter-Josef Boeck Bielefeld, Jörn Jensen Bezirksbürgermeister a.D. Berlin-Mitte, Dr. Franz Schart Stadtverordneter Gelsenkirchen, Jutta Heuer Mönchengladbach, Michael Körner Ettlingen Vorstand, Uwe Dietrich Lüchow-Dannenberg, Gerhard Born ehrenamtlicher Stadtrat Lollar, Thomas Dyhr Barnim, Stefanie Dolling Vorstand Weimar, Ruth Birkle Karlsruhe-Land, Samir Fetic Vorstand Essen stellv. Sprecher AK Grüne Muslime NRW, Ursula Schulte Münster, Frank Brinkers Grafschaft Bentheim, Rolf Dieter Nagel, Carsten Lindner Münster, Angelika Link Erfurt, Erich Vieser Ortenau, Stefan Kubel Ratsherr Münster, Dr. Ulrich Rose Vorstand Greifswald-Uecker-Peene, Gunther Toffel Northeim-Einbeck, Ruth Terodde Vorstandsmitglied Greifswald-Uecker-Peene, Prof. Dr. Melanie Steffens Jena, Florian Ruf Ortenau, Birgit Ebel Dortmund, Dora Pfeifer-Suger Kreisrätin Breisgau-Hochschwarzwald, Arfst Wagner Schleswig-Flensburg, Dr. med. Peter Görgler Christen bei den Grünen Bad.-Württ. Stuttgart, Charlotte Nieß-Mache Neuss, Jens-Peter Müller Flensburg, Sprecher LAG Kultur Grüne SH, Jürgen Öhrlein Fraktionsvorsitzender der GOL (Grünen Offenen Liste) Kreistag Kulmbach, Harald Vieth Hamburg-Eimsbüttel, Max Burger Rottweil Kreisvorstand, Erika Bauer Kreisrätin Hohenlohe, Barbara Farwer Soest, Gudrun Diez Hanau, Elmar Diez Hanau, Cornelia Mertens Hamburg-Eimsbüttel, Max Maier Vorstand Kreisrat Ebersberg, Paul Hailperin Lörrach, Ingrid Pross Weil am Rhein, Harry Söhner Lörrach, Dr. Michael Kösters-Kraft Fraktionssprecher Greven Steinfurt, Manfred Lorentschat Stadtverordneter Oberhausen, Irene Mihalic Stadtverordnete Gelsenkirchen, Signe Stein BVV Mitte Berlin, Franz Metzler Lörrach, Dietlinde Bader-Glöckner Vorsitzende Karlsbad/Waldbronn Sprecherin LAG Ökologie, Martina Lammers Lüchow- Dannenberg, Ronja Thiede Lüchow - Dannenberg, Claudia Nobel Vorstand SV Oldenburg, Dennis Melerski Stadtverordneter Gelsenkirchen, Irmgard Winkelnkemper Sprecherin Hersfeld-Rotenburg, Anne Neugebauer GAL Münster, Volkert Bahrenberg Soest, Tobias Lauszat Essen BV III, Gerhard Marx Berchtesgadener-Land, Stephanie Nabinger Fraktionsvorsitzende VG-Rat Saarburg Vorstand Trier-Saarburg, Helmut Möller, Renate Thon Pforzheim-Enz, Cathrin Ramelow Steglitz-Zehlendorf,Volker Droege Hanau, Artur Herb Kreisrat Karlsruhe- Land, Ursula Weisgerber Barnim, Willi Alt Berchtesgadener-Land, Hans Fischer Nidderau, Günther Huber Friedrichshain-Kreuzberg, Hans-Dieter Manger Sprecher Aschaffenburg-Land, Volker Wack Kulmbach Stadtrat, Stefan Boltz Friedrichshain-Kreuzberg, Sabine Schaefer-Maniezki Fraktionsvorsitzende Quickborn, Karl-W. Koch Vulkaneifel, Karl-Heinz Herr Fraktionsvorsitzender Stadtparlament Nidderau, Hans Fischer Nidderau, Heiner Gunia Vorsitzender Brachttal, SergijGoryanoff Friedrichshain-Kreuzberg, Jens Reichmann Leipzig, Jörg Rupp Kreisvorstand Karlsruhe Parteirat BW, Silva Buttke Essen, Klaus Labod Vorstandssprecher Regionalverband Niederbarnim Stadtverordneter Bernau, Wolfgang G. Wettach BAG Europa Tübingen,. Horst Becker Hamburg-Eimsbüttel

Vollständiger Text unter: **www.gruene-friedensinitiative.de**
Wer über künftige Aktivitäten informiert werden will, kann über diese Homepage einen Newsletter bestellen.
Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen Dortmund